

Änderungsantrag

der Abgeordneten Heike Hänsel, Tobias Pflüger, Dr. Gesine Löttsch, Michel Brandt, Christine Buchholz, Sevim Dağdelen, Matthias Höhn, Andrej Hunko, Michael Leutert, Stefan Liebich, Zaklin Nastic, Dr. Alexander S. Neu, Thomas Nord, Eva-Maria Elisabeth Schreiber, Helin Evrim Sommer, Alexander Ulrich, Kathrin Vogler und der Fraktion DIE LINKE.

**zu der zweiten Beratung des Gesetzentwurfs der Bundesregierung
– Drucksachen 19/1700, 19/1701, 19/2413, 19/2424, 19/2425, 19/2426 –**

**Entwurf eines Gesetzes
über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2018
(Haushaltsgesetz 2018)**

hier: Einzelplan 14

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung

Der Bundestag wolle beschließen:

Alle Haushaltsansätze für die Bereitstellung, Ausbildung, Bewaffnung und Nutzung der unbemannten Systeme HERON TP werden gestrichen. Der Leasing-Vertrag mit der Betreibergesellschaft ist zu kündigen. Das System wird nicht beschafft.

Berlin, den 3. Juli 2018

Dr. Sahra Wagenknecht, Dr. Dietmar Bartsch und Fraktion

Begründung

Die Bewaffnung von unbemannten Systemen ist nach wie vor völkerrechtlich, verfassungsrechtlich und ethisch höchst umstritten. Verteidigungspolitische Experten und Menschenrechtsorganisationen haben in dem Zusammenhang wiederholt auf den fortgesetzten Gebrauch dieser Waffensysteme für rechtswidrige gezielte Tötungen durch die USA hingewiesen, die immer wieder zivile Opfer kosten und eine Erosion des humanitären Völkerrechts bewirken können. Hinzu kommen unkalkulierbare rüstungstechnologische Folgen eines möglichen Wettrüstens mit solchen Systemen. Diese Erwägungen trugen dazu bei, dass im Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD festgelegt wurde, vor der Beschaffung bewaffnungsfertiger Drohnen die konzeptionellen Voraussetzungen ihrer Beschaffung zu prüfen und die völkerrechtlichen, verfassungsrechtlichen sowie ethischen Aspekte dieser Waffensysteme einer „umfassenden Würdigung“ zu unterziehen (KoaV 2018, S. 159).

Dessen ungeachtet nimmt nun jedoch der Beschaffungsvertrag für das System HERON TP die Bewaffnung des Systems bereits vorweg: Fast 50 Mio. Euro sollen schon jetzt dafür verausgabt werden, das System „bewaffnungsfertig“ zu machen, ohne dass in der Bundesrepublik Deutschland – oder auch nur im Bundestag – die von Spitzenpolitikern der Koalition versprochene umfassende politische Debatte dazu geführt wurde. Die Zusagen zu einer solchen öffentlichen Debatte, die sowohl Verteidigungspolitiker der CDU (z. B. Bundesministerin Dr. Ursula von der Leyen, 13.6.2018), als auch der SPD (z. B. Fritz Felgentreu, MdB, 13.6.2018) jüngst gemacht haben, würden so ad absurdum geführt.

Damit sind, schon nach Maßgabe der Richtlinien der Bundesregierung selbst, die Bedingungen für eine Beschaffung von bewaffnungsfähigen unbemannten Systemen nicht erfüllt.